



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 14.07.2020

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Herb, Artur
Hruschka, Andreas
Konstandin, Angelika
Möller, Eva
Ringwald, Markus
Schwarz, Simon
Vogel, Roland, Dr.

Stv. Mitglieder:

Lüthje-Lenhardt, Monika - Vertretung für Frau Sonja Rothweiler
Rendes, Markus - Vertretung für Herrn Achim Kirchenbauer
Schaier, Barbara - Vertretung für Herrn Thomas Gegenheimer

Schritfführer/in:

Dickemann, Niklas

Verwaltung:

Sturm, Thomas

Mitwirkende/ext. Org.:

AWO Soziale Dienste gGmbH
Kinder- und Jugendhaus Pfinztal

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Gegenheimer, Thomas - entschuldigt
Kirchenbauer, Achim - entschuldigt
Rothweiler, Sonja - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 06.07.2020.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 09.07.2020.



3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 6 von 12 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Herb
Gemeinderat Dr. Vogel



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit **BV/610/2020**
 - Jahresbericht 2019
 - Ausblick 2020
3. Kinder- und Jugendhaus Pfinztal **BV/611/2020**
 - Jahresrückblick 2019
 - Ausblick 2020
4. Kindergartenangelegenheiten **BV/609/2020**
 - Platzvergabe
 - Information
5. Änderung Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung **BV/442/2019**
(Bekanntmachungssatzung)
 - Beratung und Empfehlung an den Gemeinderat
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

BMin Bodner begrüßt die anwesenden Bürger und weist darauf hin, dass im Gremium keine Einzelfallberatung stattfindet, dass die einzelnen Bürger aber gerne nach der Sitzung auf sie zukommen können.

2. Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit - Jahresbericht 2019 - Ausblick 2020

Sachverhalt:

Für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler an den Pfinztaler Schulen, sowie der Kinder und Jugendlichen in Pfinztal, wurden vor einigen Jahren die Schulsozialarbeit und die mobile Jugendsozialarbeit eingerichtet. Die Aufgaben werden in Trägerschaft der AWO wahrgenommen.

Die Kernaufgaben der Schulsozialarbeiter sind die Einzelfallhilfe und Beratung in individuellen Problemlagen, die sozialpädagogische Gruppenarbeit, Projekte und Arbeit mit Schulklassen, die innerschulische und außerschulische Vernetzung sowie Gemeinwesenarbeit.

Die Mobile Jugendarbeit Pfinztal ist bei Wind und Wetter für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in allen vier Ortsteilen unterwegs. Durchgehend erreichbar kümmert sie sich um alle akuten Lebensfragen und hat dabei immer im Blick, dass das Leben von jungen Menschen vor allem Freude und Optimismus beinhalten sollte.

Zur Sitzung wird stellvertretend für alle Mitarbeiter*innen aus diesem Bereich Frau Hurst anwesend sein und die Berichte vortragen.

Frau Hurst leitet anhand der PPP in den TOP ein. Sie vertritt heute die Schulsozialarbeit und wird die Schreiben von Herrn Osterlow und Herrn Bauer verlesen. Die Schreiben ersetzen dieses Jahr den Vortrag. Innerhalb der Präsentation wird teilweise auch auf die Soziale Arbeit im Umgang mit dem Corona-Virus eingegangen.

GRin Eisenbusch fragt, wo Jugendliche aus anderen Stadtteilen (Grötzingen, Durlach) sich treffen.

Frau Hurst erklärt, dass sich die Freundeskreise sich größtenteils in Berghausen an der Mensa treffen.

GR Ringwald fragt, ob der Alkohol, den Minderjährige kaufen in Pfinztal gekauft werde.

Frau Hurst meint, da oft auch ältere dabei seien, regle sich das oft von selbst.

Frau Hurst verliest weiter den Bericht von Herrn Bauer und Herrn Osterlow.

GRin Eisenbusch fragt, ob Videokonferenzen für die Schüler angeboten worden oder diese Kontakt gesucht haben.



Frau Hurst sagt, dass dies nicht der Fall war. Eher wurde weiter Whatsapp etc genutzt.

GRin Lütje-Lenhardt fragt, was ein Konfliktpartner sei.

Frau Hurst erklärt, dass dies eine Art Ausbildung zum Streitschlichter sei.

GR Schwarz fragt wieviele Ausbildungsplätze die Verwaltung anbiete und ob man hier erhöhen könne.

BMin Bodner antwortet, dass man aktuell in der Verwaltung drei Azubis ausbilde. Dies aufzustocken wäre räumlich schwer machbar.

Frau Hurst fährt fort mit der Präsentation über die Sozialarbeit am Kinder- und Jugendhaus.

GRin Konstandin fragt, was 8a bei der Inobhutnahme bedeute. Außerdem warum sich der Schulabsentismus mehr als verdoppelt habe.

Frau Hurst erklärt 8a sei der Paragraph. Der Schulabsentismus sei derzeit tatsächlich ein großes Problem. Die Gründe seien unterschiedlich, oft seien es irgendwelche Ängste. Meist melden sich die Eltern.

GRin Schaier fragt, ob die Schüler in ihrer Schulform überfordert seien.

Frau Hurst meint, das sei zwar nicht der Großteil, aber es spielt schon eine Rolle.

Frau Hurst fährt mit dem Vortrag fort.

GR Schwarz fragt, ob sich die Prozentsätze in der Präsentation auf die Schüler oder auf die Beratungen bezieht.

Frau Hurst erklärt, dass es sich auf die Beratungen bezieht, es gibt allerdings auch Mehrfachnennungen, weil viele Beratungsgespräche auch mehrere Themen behandeln.

Frau Hurst fährt mit dem Vortrag fort und bezieht sich vermehrt auf die Änderungen in Folgen der Corona-Pandemie und berichtet, dass weniger Fälle dazu gekommen seien.

GRin Möller fragt, ob zunehmende Gewalt festgestellt werden konnte.

Frau Hurst meint, dass wenig neues dazu kam. Die Familien die schon Probleme hatten, haben dies weiterhin. Im Nachhinein muss hier natürlich viel aufgearbeitet werden.

GR Ringwald fragt, was in den Ferien passiert, gerade wenn es jetzt „hochschwappt“.

Frau Hurst meint, dass es aktuell natürlich viel Arbeit ist, um die Kontakte wieder aufzubauen.

BMin Bodner zeigt sich beeindruckt über die Projektzahlen die trotz Corona durchgeführt werden konnten und bedankt sich recht herzlich.

Beschluss:	Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2019 zur Kenntnis.
-------------------	--



3. Kinder- und Jugendhaus Pfinztal
- Jahresrückblick 2019
- Ausblick 2020

Sachverhalt:

Das Kinder- und Jugendhaus Pfinztal der AWO Kreisverband Karlsruhe-Land e.V. in der Lehmgrubenstraße in Berghausen bietet einen Treffpunkt für Kinder und Jugendliche. Täglich werden hier verschiedene Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Projekte für Jugendliche angeboten.

Zur Sitzung wird Frau Stimpfig von unserem Kinder- und Jugendhaus anwesend sein, um den Jahresbericht dem Verwaltungs- und Finanzausschuss vorzustellen. Auf die Anwesenheit aller Mitarbeiter*innen wird in diesem Jahr verzichtet.

Frau Stimpfig bedankt sich vorerst für die Unterstützung der Verwaltung und des Gemeinderats. Sie präsentiert den Jahresrückblick anhand eines Kurzfilmes und erklärt, dass sie hofft, dass es bald wieder so werden könne wie man es in diesem Film sieht. Man hoffe, dass man im Herbst weiterarbeiten könne, allerdings wird der Rückblick auf 2020 nicht mehr so aussehen wie in diesem Jahr. In den Pfingstferien sei das Jugendhaus zwar gut besucht gewesen, allerdings verlangt derzeit die Schule den Kindern sehr viel ab. Der Ferienspaß könne in diesem Jahr allerdings stattfinden, leider ohne Mittagessen. Darum wird man noch zusätzliche Angebote haben.

GRin Eisenbusch schlägt vor, dass man den Ausschuss vermehrt zum Anlass nehmen solle, um über das Jugendhaus zu berichten.

GRin Konstandin fragt, wie die Kinder das aufnehmen, dass sie Abstand halten müssen.

Frau Stimpfig berichtet, dass Händewaschen etc. kein Problem sei, aber im normalen Umgang falle es den Kindern schwer Abstand zu halten.

GR Hruschka regt an, um in der Küche arbeiten zu können Visiere zu basteln.

GR Schaier meint, es sei für die Kinder auch schwer verständlich.

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2019 zur Kenntnis.



4. Kindergartenangelegenheiten Platzvergabe Information

Sachverhalt:

Mündlicher Vortrag

RAL Sturm leitet in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass im kommenden Jahr 250 Kindergartenplätze vergeben werden. In Zukunft werde deshalb die Platzvergabe neu strukturiert. Ziel sei mehr Planungssicherheit für die Eltern zu gewährleisten. Er möchte daran erinnern, dass man ca. 8 Mio. Euro im laufenden Haushaltsjahr für die Kinderbetreuung ausgeben. Die Koordinationsstelle habe das Verfahren nun nach dem sogenannten Gale-Shapley-Verfahren strukturiert. Nach dieser werden Studienplätze vergeben. Diese Methode beziehe mehrere Kriterien mit ein. Die Bewertung erfolge so nach objektiven Gesichtspunkten. Somit werde das Verfahren transparenter und rechtssicherer. Es fließen unter anderem die Kriterien Berufstätigkeit, Familiensituation und Kindersituation in die Bewertung mit ein. Der Ablauf wird so sein, dass zuerst die Vormerkungen eingehen, dann erfolgt eine Auswertung durch die Koordinationsstelle. Anmeldeschluss wäre der 30.04 und die Platzvergabe erfolge im Mai. Dadurch werde vermieden, dass die Eltern zu lange auf die Zusage warten.

GRin Eisenbusch bedankt sich für die Gedanken. Sie habe leider auf ihre kürzliche Umfrage zur Kinderbetreuung viele negative Rückmeldungen bekommen. Es habe beispielsweise Eltern gegeben, die zwar eine Zusage bekommen haben, allerdings ohne Datum.

RAL Sturm erklärt, dass dieses System natürlich am Anfang nicht perfekt laufen werde, und man die Rückmeldungen als Anlass zur weiteren Verbesserung nehme.

GRin Eisenbusch schildert einen Fall indem ein Geschwisterkind an einen anderen Kindergarten verwiesen wurde. Dies dürfe nicht passieren, Geschwisterkinder müssten zusammenbleiben dürfen. Außerdem verstünden viele die langen Verfahren nicht. Grundsätzlich wünsche man sich einfach mehr Transparenz und Kommunikation.

BMin Bodner erklärt, dass die Koordinierungsstelle sich da natürlich erst finden müsse. Generell habe man aber nun einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Alle Wünsche zu erfüllen wird auch in der Zukunft nicht möglich sein.

GRin Eisenbusch meint laut letztem Bedarfsplan wären Plätze übrig und fragt ob dementsprechend alle Eltern einen Platz bekommen hätten.

RAL Sturm erklärt durch die Schließung aufgrund der Corona-Pandemie, konnten viele Kinder erst später aufgenommen werden und befinden sich aktuell noch in der Eingewöhnung. Deshalb schiebe man noch offene Fälle vor sich her. Die Plätze seien aber vorhanden.

GRin Eisenbusch fragt, ob es darüber hinaus keine Warteliste gebe.

RAL Sturm verneint dies.

GRin Eisenbusch fragt, wie viele Eltern in andere Ortsteile geschickt werden.

RAL Sturm versucht die Zahlen nachzuliefern.

GRin Konstandin meint, dass dieses Verfahren für die Studienplatzvergabe in Ordnung sei.



Das Ziel sei, dass alle einen Platz bekommen. Sie fragt vor diesem Hintergrund was die Berufstätigkeit der Eltern damit zu tun habe, wenn alle einen Platz bekommen sollen.

RAL Sturm erklärt, dass diese Information notwendig sei um die passende Angebotsform zu ermitteln.

GRin Konstandin fragt, wann die Eltern die Zusage bekommen. Bei vielen Arbeitgebern müsse man ein halbes Jahr vorher sagen, wann man wieder arbeiten kann.

RAL Sturm strebt an im Mai die Benachrichtigungen zuzusenden.

GRin Eisenbusch fragt, ob Frau Schlia nicht zwei Vergabetermine vorgesehen habe.

RAL Sturm erklärt, dass aktuell nur einer vorgesehen sei.

GR Schwarz fragt, ob dieser Kriterienkatalog einsehbar sei und ob der Zeitpunkt der Vormerkung ein Kriterium sei.

RAL Sturm verneint dies.

GRin Lütje-Lenhart stimmt GRin Eisenbusch zu, dass die Ortsteilgebundenheit wichtig sei, damit die Kinder in der Schule später Anschluss finden.

GR Rendes findet es gut, dass man hier einen weiteren Schritt mache. Klar ist, dass man nicht alle zufriedenstellen werde, aber man mache wenigsten Fortschritte.

GRin Möller findet gut, dass es verschiedene Kriterien gebe und diese nachvollziehbar seien. Sie fragt, ob sich das Personalproblem im Erziehungsbereich gelöst habe.

RAL Sturm sagt es habe sich zwar etwas entspannt, Bedarf sei aber weiterhin vorhanden.

GRin Eisenbusch fragt inwiefern der alte Kriterienkatalog verändert wurde.

RAL Sturm erklärt, dass dieser gar nicht verändert wurde.

5. Änderung Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung (Bekanntmachungssatzung) - Beratung und Empfehlung an den Gemeinderat

Sachverhalt:

Gemäß § 4 Abs. 3 der Gemeindeordnung sind Satzungen öffentlich bekannt zu machen. Die Form der öffentlichen Bekanntmachung ist nach § 1 Abs. 1 DVO GemO im Einzelnen durch Satzung zu bestimmen. Laut der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung vom 04.01.1979 werden öffentliche Bekanntmachungen im Amtsblatt der Gemeinde Pfinztal publik gemacht. Durch die letzten Änderungen der GemO und der DVO können öffentliche Bekanntmachungen, statt im Amtsblatt auch im Internet auf der Webseite der Gemeinde Pfinztal www.pfinztal.de veröffentlicht werden.

Das Amtsblatt „Pfinztal aktuell“ der Gemeinde Pfinztal erscheint einmal wöchentlich. Für Ver-



öffentlichungen muss eine entsprechende Einreichungsfrist zum Redaktionsschluss eingehalten werden. Wird diese Frist versäumt, etwas vergessen oder ist die Veröffentlichung versehentlich fehlerhaft, ist eine Korrektur erst im nächsten Amtsblatt in der darauffolgenden Woche möglich. Dies kann insbesondere bei Angelegenheiten, bei denen gesetzliche Fristen einzuhalten sind, problematisch sein. Daher möchte die Verwaltung zukünftig die Bekanntmachungen online durchführen, da dadurch einfacher und schneller eine öffentliche Bekanntmachung erfolgen kann.

Die Veröffentlichung der Dokumente im Internet erfordern nach § 1 Abs. DVO GemO eine Authentifizierung und technische, organisatorische Maßnahmen gegen Verfälschungen – diese werden durch eine sog. qualifizierte elektronische Signatur sichergestellt.

Die Einführung einer solchen Signatur bietet viele Vorteile für die Gemeinde und die Mitarbeiter, zum Beispiel können Dokumente mit wenig Zeitaufwand digital signiert und anschließend veröffentlicht werden. Es bedarf hierbei keiner Frist, daher können auch verspätet eingereichte Dokumente rechtzeitig publik gemacht oder Fehler sofort korrigiert werden.

Ergänzend zur Bereitstellung auf der Website erfolgen öffentliche Bekanntmachungen im Amtsblatt „Pfinztal aktuell“ – insbesondere als Service für Bevölkerungsteile die der digitalen Welt nicht so zugänglich sind. Dazu erfolgt noch ein entsprechender Hinweissatz, dass die eigentliche Bekanntmachung ggf. auch schon Tage zuvor im Internet erfolgt sein kann. Mittelfristig kann dies jedoch sicherlich aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung weiterer Lebensbereiche und Gewohnheiten sicherlich auch eingestellt werden. Derzeit sieht die Verwaltung es jedoch noch als erforderlich an. Bebauungspläne müssen aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Regelungen durch den Bundesgesetzgeber weiterhin im Amtsblatt veröffentlicht werden. Aber auch hier wird sich die Gesetzlage sicherlich noch den Lebensrealitäten anpassen.

Der Anbieter Secrypt e.signature solutions bietet eine Software mit kompatiblen qualifizierten D-Trust Signaturkarten an, welche die qualifizierte digitale Signatur ermöglichen. D-TRUST ist ein Tochterunternehmen der Bundesdruckerei und somit die Verlässlichkeit und die Datensicherheit gewährleistet. Die Signatursoftware wird bereits bei anderen Gemeinden erfolgreich genutzt und empfohlen. Im Landkreis Karlsruhe nutzt die Große Kreisstadt Stutensee bereits die Software. Der Gemeinderat kann sich unter <https://www.stutensee.de/rathaus-buergerdienste/buergerdienste/oeffentliche-bekanntmachungen/> das dortige Verfahren ansehen.

Hinweis zur Einberufung von Sitzungen der gemeindlichen Gremien:

Tagesordnungen für Sitzungen der gemeindlichen Gremien müssen nicht öffentlich bekanntgemacht, sondern lediglich „ortsüblich bekanntgegeben“ werden. Daher sind juristisch geringere Hürden anzuwenden. Allerdings bietet auch hier die Internetbekanntgabe eine größere Flexibilität (s.o.)

Bei der ortsüblichen Bekanntgabe muss jedoch eine gewisse Kontinuität an den „Ort“ der Bekanntgabe geknüpft sein. Üblicherweise erfolgt die ortsübliche Bekanntgabe der Sitzungsgegenstände an derselben Stelle wie jede andere öffentliche Bekanntmachung. Bisher wurde ortsüblich im Mitteilungsblatt Ort, Zeit und Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung) der Gremiensitzungen bekanntgegeben. Dies wird übergangsweise auch weiterhin erfolgen. Zusätzlich soll im Amtsblatt ein Hinweis aufgenommen werden, dass die Sitzungsvorlagen und Tagesordnung auch im Internet einsehbar sind. Nach 6-12 Monaten soll im Mitteilungsblatt nur noch Ort und Zeit der Sitzung genannt werden. Die ortsübliche Bekanntgabe der Verhandlungsgegenstände soll dann hingegen nur noch im Bürgerinformationssystem erfolgen. Hier können die interessierten Bürgerinnen und Bürger dann auch gleich die Sitzungsunterlagen einsehen. Im Amtsblatt wird hierauf ein Hinweis erfolgen.



Herr Bauer leitet in den Tagesordnungspunkt ein und fragt, ob noch offenen Frage bestünden.

GRin Konstandin meint, die offenen Fragen seien im Vorraus per Mail beantwortet worden.

GR Dr. Vogel, GR Hruschka, GRin Konstandin sind sich einig, dass die Tagesordnung weiterhin im Mitteilungsblatt abgedruckt werden solle.

GR Dr. Vogel meint zusätzlich, dass zuerst die technischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, bevor man das Thema weiter verfolge.

GR Möller befürwortet ebenfalls eine parallele Veröffentlichung im Internet und im Mitteilungsblatt.

Abstimmung: einstimmig

Beschluss:	<ol style="list-style-type: none">1. Der Verwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig den Beschluss der Bekanntmachungssatzung wie von der Verwaltung vorgeschlagen.2. Weiter wird einstimmig empfohlen, die Verwaltung zu ermächtigen, die Bekanntmachung/Veröffentlichung der Satzung erst nach Einrichtung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu tätigen.
-------------------	---

6. Mitteilungen der Bürgermeisterin

GRin Lütje-Lenhard berichtet, dass Bürger gefragt haben, ob es zu Pfinztal 2035 keine Benachrichtigungen mehr geben wird. Dies habe sich aber mit der Präsentation von Herrn Bauer erledigt.

GRin Schauer findet der neue Vollzugsbedienstete solle sich im Gremium vorstellen.

7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Bürgermeisterin Bodner

Gemeinderat Herb

Niklas Dickemann

Gemeinderat Dr. Vogel